

**You can't evict a
movement -**

you can't evict
SOLIDARITY

**Grenzenlose Solidarität mit den migrantischen
Kämpfen in Griechenland, auf der
Balkanroute und überall!**

Our passion for freedom is stronger than their prisons!

**Unterstützt die Anti-Repressions-Kampagne für Betroffene
antirassistischer Kämpfe an den EU-Grenzen und für
Freiräume und Bewegungsfreiheit!**

cantevictsolidarity.noblogs.org

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V. / OG Hannover

IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Verwendungszweck: Cant evict Solidarity



Was ist los an Europas Grenzen? - Geschichten von Flucht und Gewalt...

Grundsätzlich beobachten wir europaweit, dass die staatliche Politik gegenüber Menschen auf der Flucht, gegenüber Unterstützer*innen und gegenüber Alternativen zu staatlicher Migrationskontrolle immer repressiver wird. Dies war auch schon vor dem sogenannten „Sommer der Migration“ 2015 der Fall, nun sind die Grenzen zwischen den Staaten auf der Balkanroute hoch militarisiert, wie zwischen Serbien und Ungarn. Hier werden Geflüchtete von Polizei und Militär mit neuester Technik aufgespürt, mit Gewalt am Grenzübertritt gehindert und teilweise monatelang rechtlos inhaftiert. An den militarisierten Grenzen wurden bereits Flüchtende erschossen, wie an der Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei. Der Meeresweg vom türkischen Festland auf die griechischen Inseln wie Lesbos oder Chios ist für Flüchtende seit dem EU-Türkei-Deal durch den Grenzschutz der türkischen Marine sowie von Frontex und durch die schlecht ausgerüsteten Boote sehr riskant und oft sogar tödlich.

Trotz alledem nehmen immer noch viele Menschen den gefährvollen Weg über die Balkanroute auf sich und sitzen daraufhin auf den griechischen Inseln oder in Serbien fest, wohnen teilweise auf der Straße oder werden illegal zurückgeschoben. Besonders stechen die sogenannten „Hot-Spots“ auf den Inseln Chios, Lesbos und Samos heraus, die seit dem EU-Türkei-Deal für Geflüchtete zu einer Sackgasse geworden sind. So sitzen aktuell über 15000 Menschen auf den Inseln fest – allein über 7000 Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen im Camp Moria auf Lesbos, das für 1500 Personen ausgelegt ist.

...von Widerstand und Repression

Gleichzeitig erhöht sich der Repressionsdruck auf Geflüchtete generell, und besonders gegen Proteste Geflüchteter. So gibt es sichtbaren Widerstand, wenn immer wieder Menschen gegen die Zustände und für offene Grenzen und ihre Weiterreise kämpfen. Im Dezember 2017 gab es ein Protestcamp von Geflüchteten an der serbisch-kroatischen Grenze bei Sid, sowie unzählige Proteste von Geflüchteten in den Lagern auf den griechischen Inseln, in den griechischen Städten, sowie in Bulgarien. Diese Proteste werden meistens gewaltvoll von Polizei und Militär beendet, die Protestierenden abgeschoben oder inhaftiert, wie in den Fällen von Ahmed H. in Ungarn (Box 1), der Moria35 auf Lesbos (Box 2), sowie der PetrouRalli8 in Athen und der Harmanli21 in Bulgarien. Aus der Not besetzte Häuser werden geräumt, wie in Thessaloniki im Sommer 2016 (Box 3) oder besetzte Lagerhallen in Belgrad im Frühjahr 2017. Aufgrund der Militarisierung der Grenzen und der Kriminalisierung von Unterstützung Geflüchteter durch neue Gesetze, z.B. mit hohen Haftstrafen wegen „Schleuserei“, ist es für solidarische Aktivist*innen mittlerweile fast unmöglich geworden Menschen auf ihrem Weg direkt zu unterstützen. So kam es im Herbst 2016 in Kroatien zur Verhaftung und Anklage von Aktivist*innen wegen "Schleuserei".

Ahmed H. und die Röszke11, Ungarn

Im November 2016 wurde Ahmed H., einer von elf im September 2015 im ungarischen Röszke verhafteten Geflüchteten (Röszke11), zu 10 Jahren Haft verurteilt. Er und die anderen wurden bei Protesten gegen die Grenzschließung Ungarns an der ungarisch-serbischen Grenze willkürlich aus der Menge heraus verhaftet und wegen Terrorismus und illegalem Grenzübertritt angeklagt. Zwar wurde dieses Urteil in der nächsten Instanz gekippt, Ahmed ist allerdings weiter in Haft und wurde im März 2018 in Szeged erneut zu 7 Jahren Haft verurteilt.

Der Fall der Moria35, Griechenland

Im Juni 2017 stürmte die Polizei nach einem friedlichen Sitzstreik von Geflüchteten das Camp Moria auf Lesbos und verhaftete wahllos und äußerst brutal 35 Menschen. Gegen die Verhafteten wurde Anklage u.a. wegen Brandstiftung und versuchter Körperverletzung erhoben. Dreißig Personen wurden trotz körperlicher und psychischer Probleme in Untersuchungshaft in Athen und auf Chios genommen. Im Mai 2018 wurden 32 der 35 Angeklagten zu 2 Jahren Haft verurteilt und sollen in die Türkei abgeschoben werden. Das Legal Center Lesbos hat eine Crowdfunding-Kampagne zur finanziellen und anwaltlichen Unterstützung der Angeklagten gestartet.

Die Räumung von geflüchteten solidarischen Häusern in Thessaloniki, Griechenland

Im Juli 2016 kam es nach dem No Border Camp in Thessaloniki zur Räumung dreier geflüchteten solidarischer Hausbesetzungen (u.a. das "Orfanotrofeio") durch den griechischen Staat. Dabei wurden über 100 Menschen festgenommen und angeklagt. Die Häuser wurden besetzt um solidarische, selbstorganisierte Alternativen zur repressiven, staatlichen Asylpolitik aufzubauen. Mittlerweile wurden weitere Orte besetzt, andere geräumt, mehrere Menschen verhaftet. Sie wurden zu hohen Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt, einige konnten durch Unterstützung einen Freispruch oder eine Einstellung erwirken. Die Prozesse dauern teilweise noch an.

You can't evict a movement...

Trotz der staatlichen Repression gibt es weiterhin Widerstand und Proteste und es existiert ein großes Netzwerk aus vielen solidarischen Strukturen entlang der ganzen Balkanroute. So gibt es z.B. in Thessaloniki in Griechenland viele aktive soziale Zentren und Hausbesetzungen, in denen solidarische Menschen kostenlose Sprachkurse, medizinische Versorgung, Rechtsberatung bei Repression und im Asylverfahren, Essen und Kleidung, aber auch Theater, Musik und Kino organisieren. Dazu wird gemeinsam gekämpft, protestiert und gefeiert. Weiterhin kämpfen viele Menschen gemeinsam entlang den EU-Grenzen, in den Camps und auf den Straßen gegen die unmenschlichen Bedingungen und das EU-Grenzregime und für Freiräume und Bewegungsfreiheit.

...you can't evict solidarity!

Wir haben uns nach den Räumungen solidarischer Hausbesetzungen in Thessaloniki im Sommer 2016 getroffen und die Kampagne "You can't evict Solidarity" gestartet. Wir sind unterschiedlichste Menschen aus Griechenland und Deutschland. Mittlerweile unterstützen wir nicht nur die Betroffenen der Hausräumungen von 2016, sondern viele andere Betroffene von Repression aus antirassistischen Kämpfen an den EU-Grenzen. Dazu sammeln wir Spenden für die finanzielle Unterstützung der Betroffenen, für Anwalt*innen und Gerichtskosten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und vernetzen uns mit anderen Betroffenen und Initiativen vor Ort.

Seit 2016 haben wir mehrere Tausend Euro an Spenden gesammelt und an Betroffene weitergeleitet um Anwalts- und Gerichtskosten zu bezahlen. Dadurch konnten viele Freisprüche sowie Einstellungen für Gerichtsprozesse erwirkt werden, gleichzeitig waren die Betroffenen nach einer Verurteilung nicht allein mit den Kosten. Zusätzlich begleiten wir die Prozesse hier in Deutschland und vor Ort solidarisch, machen Öffentlichkeitsarbeit z.B. schreiben wir Artikel für Zeitungen und machen viele Informationsveranstaltungen um über die aktuelle Situation vor Ort und die Repression zu informieren.

Wer wir sind und was wir wollen:

Wir möchten mit unserer Kampagne Betroffene staatlicher Repression und rechter Übergriffe an den EU-Grenzen unterstützen. Aktuell gibt es an den Aussengrenzen der EU viele Proteste gegen das wachsende EU-Grenzregime, gleichzeitig haben staatliche Repression und politische Verfolgung gerade für die dortigen Betroffenen immense persönliche und finanzielle Konsequenzen. Hier unterstützen wir die Betroffenen solidarisch mit Spenden. Zusätzlich möchten wir einen Gegenentwurf zur momentanen Verdrängungspolitik ermöglichen, machen Öffentlichkeitsarbeit und vernetzen uns mit anderen Betroffenen und Initiativen.

Lasst uns gemeinsam, kraftvoll und grenzenlos gegen Repression kämpfen und in Griechenland und überall selbstorganisiert und solidarisch Alternativen zu staatlicher und EU-Politik schaffen!

Was kannst du tun?

- * Verbreite und unterstütze diese Kampagne. Zum Beispiel kannst du auf unserem Blog Flyer, Plakate, Aufkleber bestellen oder selber drucken. Wir kommen auch gerne zu euch und erzählen auf einer Infoveranstaltung von der aktuellen Situation.
- * Sammle Spenden für die Unterstützung unserer angeklagten Freund*innen! Veranstalte Solidaritäts-Partys, stelle Spendendosen auf, schreibe Aufrufe und werde kreativ.
- * Vernetze dich mit uns und anderen aktiven Gruppen!
- * Hast du Betroffene in deinem Umfeld, sei solidarisch, denn nicht nur finanzielle Unterstützung ist gefragt – auch emotionaler Support ist wichtig!



**You Can't Evict A Movement – You Can't Evict Solidarity!
Our Passion For Freedom Is Stronger Than Their Prisons!**

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V./ OG Hannover

IBAN: DE42 4306 0967 4007 2383 57

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank

Verwendungszweck: Cant evict Solidarity

Kontakt:

Mail: cantevictsolidarity@riseup.net

Blog: cantevictsolidarity.noblogs.org

